

## **FPÖ – Kickl: „ÖVP ignoriert bis heute mehr als 500.000 Bürgerstimmen und stellt sich damit gegen demokratische Grundwerte“**

*Die sogenannte ‚Volkspartei‘ verrät nicht nur ihre eigenen Versprechen, sondern hat das Vertrauen der Menschen verspielt*

Zwischen 2019 und 2025 haben mehr als 508.000 Bürger in Österreich ihre Stimme mittels Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen bzw. Unterstützungserklärungen von Volksbegehren, parlamentarischen Petitionen und Bürgerinitiativen erhoben. Das geht aus der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage von FPÖ-Bundesparteiobmann Klubobmann Herbert Kickl durch Nationalratspräsident Walter Rosenkranz hervor. Doch statt gehört zu werden, wurden diese Stimmen konsequent ignoriert. Für Kickl wird dadurch einmal mehr deutlich, dass für die Regierenden der Wille des Volkes nur dann zählt, wenn er zu den eigenen Motiven passt. „Unter einer ÖVP-geführten Regierung darf es eben keinen direktdemokratischen Volkswillen geben, genauso wenig wie eine Kritik am schwarzen Netzwerk“, so Kickl.

„Während der unseligen Corona-Jahre war die Beteiligung der Bürger so hoch wie nie zuvor. Im Jahr 2021 gingen über 204.000 Stellungnahmen von Privatpersonen auf der Webseite des Parlaments ein. Im Jahr 2022 waren es mit über 250.000 sogar noch mehr. Zwei Jahre, in denen sich Hunderttausende gegen die autoritäre Corona-Politik, gegen eine drohende Impfpflicht und gegen die Aushöhlung unserer Grundrechte zur Wehr setzten. Doch weder im schwarzen Kanzleramt noch im grünen Gesundheitsministerium zeigte man Interesse an diesem Protest. Stattdessen wurde weiterhin von oben herab dekretiert und die Bevölkerung unterdrückt. Die von ÖVP, SPÖ und NEOS geplante Messenger-Überwachung setzt dieses üble Spiel bis heute fort“, stellte Kickl fest.

„Dem Nationalrat wurden in den Jahren 2019 bis 2023 36 Volksbegehren vorgelegt, 11 davon mit klarer Kritik an der Corona-Politik von ÖVP und Grünen, die sämtliche Anliegen wie üblich im Nationalrat ‚schubladiert‘ haben. Der Widerstand gegen die Zwangsmaßnahmen war massiv und wurde von der schwarz-grünen Regierung und dem Rest der Einheitspartei ignoriert“, befand Kickl. Hinzu kamen 151 Petitionen und 74 Bürgerinitiativen, auch hier ein beachtlicher Teil davon als Reaktion auf die grundrechtsraubende Maßnahmenpolitik der Bundesregierung. Zwei Initiativen stechen besonders hervor: Die Bürgerinitiative zur sofortigen Beendigung aller Corona-Maßnahmen erhielt fast 25.000 Unterstützungen und fast 1.994 Stellungnahmen, jene zur Abmeldung vom elektronischen Impfpass mehr als 21.000 Unterstützungen und 1.982 Stellungnahmen. „Beide Initiativen dokumentieren ein tiefes Misstrauen gegenüber staatlicher Überwachung und einem gesundheitspolitischen Zwangssystem unter schwarzer Regieführung“, führte Kickl weiter aus.

Die Spitze der Ignoranz zeige sich im Rahmen der vorparlamentarischen Begutachtungsverfahren: Zwischen 2019 und 2023 gingen 234.521 Stellungnahmen zu Ministerialentwürfen ein. Dies ist für Kickl ein beispielloses demokratisches Engagement, das jedoch ebenso von der schwarz-grünen Elendsregierung ignoriert worden sei. Die fünf Regierungsvorlagen mit den meisten Eingaben betrafen die Corona-Zwangsmaßnahmen, die Impfpflicht und das Krisensicherheitsgesetz und brachten es zusammen auf über 191.000 Stellungnahmen. „Das ist kein Randphänomen und das sind erst recht keine Schwurbler oder Rechtsradikale, wie das politische System die Bürger glauben ließ. Das ist die Stimme eines freien Volkes mit einer freien Einstellung zu Demokratie und Recht“, betonte der FPÖ-Klubobmann.

Die bis heute anhaltende Ignoranz haben die Freiheitlichen dazu bewogen, eine riesige Anfragenserie zu den Corona-Themen und zum Corona-Zwangsregime zu starten, um umfassend aufzuklären, was damals konstruiert, vertuscht und verschwiegen wurde. „Die Österreicher haben diese Aufklärung längst verdient“, so Kickl. Die sogenannte Volkspartei, die sich bis heute an die Macht klammert, habe hingegen das Vertrauen der Menschen verspielt. „Wer über eine halbe Million Stimmen ignoriert, stellt sich offen gegen unsere demokratischen Grundwerte“, betonte Kickl.